

Tarek Al-Wazir
Staatsminister

Hessisches Ministerium für Wirtschaft,
Energie, Verkehr und Landesentwicklung



Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr
und Landesentwicklung, Postfach 31 29, 65021 Wiesbaden

Herrn Willi Pusch

Vorsitzender der Bürgerinitiative im Mittel-
rheintal gegen Umweltschäden durch die
Bahn e. V.

Rheinuferstr. 44

56341 Kamp-Bornhofen

Wiesbaden, den 22. August 2016

Kundgebung gegen Bahnlärm am 03.09.2016 in Koblenz

Sehr geehrter Herr Pusch,
sehr geehrte Damen und Herren,

für Ihre Einladung zur Demonstration am 3. September in Koblenz möchte ich Ihnen auf diesem Weg nochmals herzlich danken. Wie ich Ihnen bereits mitgeteilt hatte, ist mir eine Teilnahme in diesem Jahr aufgrund anderer Verpflichtungen leider nicht möglich. Ich nehme dies aber gern zum Anlass, Ihnen die aus meiner Sicht wichtigsten Aktionsfelder und Sachstände darzustellen. Gern dürfen Sie dies im Rahmen der Kundgebung verlesen - verbunden mit meinem Dank für Ihr nachhaltiges Engagement. Frau Müller-Klepper erlaube ich mir eine Kopie meines Schreibens zu übersenden.

Vor zwei Jahren haben wir gemeinsam in Rüdesheim umfassende Forderungen zu mehr Lärmschutz im Mittelrheintal vertreten. Auch wenn es erste Fortschritte, z.B. bei der Zahl der eingesetzten leisen Güterwagen gibt: Unsere damaligen Forderungen sind leider größtenteils unverändert aktuell.

Drei Handlungsfelder möchte ich besonders betonen.

1. Mehr Lärmschutz an der bestehenden Strecke im Mittelrheintal:

Auf Basis des - im Mittelrheintal abgeschlossenen - Lärmsanierungsprogramms des Bundes wurden in erster Linie Schallschutzfenster und nur punktuell Lärmschutzwände realisiert. An der Verlärmung des ganzen Tals hat dies wenig geändert. Gemeinsam haben Bund und Länder im Beirat „Leiseres Mittelrheintal“ eine Machbarkeitsstudie initiiert, womit weitere Lärminderungsmaßnahmen identifiziert und bewertet wurden. Bund und Länder sind deutschlandweit erstmals übereingekommen, über die vorherige Lärmsanierung hinaus, diese zusätzlichen Maßnahmen - Schienen-

stegabsorber und Lärmschutzwände - gemeinsam zu finanzieren.

Der Hessische Landtag hat die erforderliche neue Haushaltsstelle und den Mittelansatz für diese freiwilligen Leistungen bereits im vergangenen Jahr beschlossen. Der Bund ist leider noch nicht so weit. Wie mir das BMVI auf meine Rückfrage jetzt mitgeteilt hat, können in 2016 nur die Planungen vorangetrieben werden, während die eigentlichen Investitionen ab 2017 nach Schaffung der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen getätigt werden sollen. Diese Verzögerung ist sehr ärgerlich. Umso mehr werde ich darauf drängen, dass die Umsetzung zügig erfolgt und - wie geplant - bis 2020 abgeschlossen wird.

2. Einsatzverbote für laute Güterwagen:

Mit den sog. LL-Sohlen stehen seit 2013 Bremssohlen für Güterwagen zur Verfügung, die die Radlaufflächen schonen, so die Ablaufgeräusche mindern und damit nahezu eine Halbierung des Güterzuglärms ermöglichen. Die LL-Sohlen können ohne besonderen Aufwand an bestehenden Güterwagen zum Einsatz kommen. Um die Umrüstung zu beschleunigen, muss der Bund endlich das immer wieder angekündigte Einsatzverbot für laute, mit Graugusssohlen gebremste Wagen rechtssicher aussprechen. Deutsche Bahn und Privatgüterwagenbetreiber haben erklärt, bis 2020 alle Wagen umzurüsten. Dieser sehr großzügige Übergangszeitraum darf keinesfalls – wie von der EU-Kommission gefordert - weiter ausgedehnt werden. Dies käme einer bewussten durch nichts zu rechtfertigenden Verlängerung überhoher Lärmbelastungen gleich. Ein Einsatzverbot für laute Wagen muss jetzt mit kurzer Übergangszeit ausgesprochen werden.

3. Güterverkehr raus aus dem Mittelrheintal:

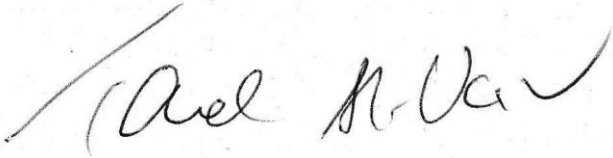
Im Zuge des Rhein-Alpen-Korridors entstehen von den Niederlanden bis Italien sukzessive viele Neu- und Ausbaustrecken, wobei die notwendige Kapazitätserhöhung für den Schienenverkehr zumeist mit einer Entlastung der Anwohner an Bestandsstrecken verbunden ist. Nach Realisierung all dieser Projekte verbliebe das Mittelrheintal als einer der wenigen großen Abschnitte, wo der wachsende Güterverkehr weiter die Anwohner hautnah in den Ortslagen belastet und eine ganze Kulturlandschaft verlärmert.

Eine neue Güterverkehrsstrecke ist für eine grundsätzliche Entlastung unverzichtbar. Hessen hat dieses Projekt gemeinsam mit vielen anderen für den Bundesverkehrswegeplan angemeldet und darüber hinaus vom Bund die Einrichtung einer Expertengruppe gefordert, in der die Rahmenbedingungen für die Realisierung unter Einbeziehung aller Varianten erarbeitet werden sollen. Diese Arbeitsgruppe hat der Bund inzwischen zugesichert. Derzeit werden für eine rechtsrheinische Neubaustrecke Troisdorf – Mainz-Bischofsheim die Grundlagen für eine technische Umsetzung des Projektes ermittelt und ein Konzeptentwurf ermittelt, auf dessen Basis eine Bewertung unter Einbindung der Expertengruppe durchgeführt werden kann. Das Vorhaben ist im Bundesverkehrswegeplan - nicht zuletzt wegen der für eine Bewertung noch fehlenden Grundlagen - derzeit dem Potenziellen Bedarf zugeordnet. Der BVWP sieht ausdrücklich vor, dass Vorhaben nach dieser Bewertung automatisch in den Vordringlichen Bedarf nachrücken können. Diese Einstufung des

Projektes und die Einrichtung der Expertengruppe sehe ich als großen Erfolg unserer gemeinsamen Bemühungen um dieses Projekt und als unverzichtbaren Zwischenschritt für eine weitere Konkretisierung der Planung.

Der Demonstration wünsche ich große Resonanz. Es ist wichtig, den Druck zur Lärminderung aufrechtzuerhalten. Hierbei werde ich Sie weiter unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Axel H. Van". The signature is written in a cursive style with a long horizontal stroke at the beginning.